

Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

BEZEICHNUNG DER MAßNAHME: 123. Änderung des Flächennutzungsplanes (Nördlich Herzogstraße – Teil II), Stadt Papenburg, Stadtteil Herbrum

VERFAHRENSGANG: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn, 22.02.2024
2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Aschendorf, Schreiben vom 07.03.2024
3. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), Geschäftsbereich Lingen, Schreiben vom 21.02.2024
4. Avacon Netz GmbH / Avacon Wasser / WEVG GmbH & Co. KG vom 20.02.2024
5. Tennet TSO GmbH, Lehrte vom 23.02.2024
6. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Hannover vom 07.03.2024
7. Wasserverbandes Hümmling, Werlte vom 29.02.2024

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

1. Stellungnahme: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Oldenburg
Datum: 27.02.2024

Inhalt

Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu Planungen folgende Anregungen vorgetragen:

Entscheidungsvorschlag:

<p>Da der Geltungsbereich der 123. Flächennutzungsplanänderung dem Geltungsgebiet des Bebauungsplanes Nr. 254/11 entspricht, erhalten wir unsere Stellungnahme von 12.05.2022 (A5-57731-22/141) aufrecht.</p> <p>Der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden ist bereits in den Planungsunterlagen enthalten und sollte unbedingt beachtet werden.</p>	<p>Die Inhalte der Stellungnahme sind bereits vollumfänglich in die Begründung übernommen worden und werden somit berücksichtigt bzw. beachtet.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>2. Stellungnahme: LGLN Regionaldirektion Hameln – Hannover, Hannover Datum: 09.05.2022</p> <p><u>Inhalt</u> Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage):</p> <p><u>Empfehlung: Luftbilddauswertung</u></p> <p><u>Fläche A</u></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbilddauswertung:</i> Es wurde keine Luftbilddauswertung durchgeführt.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p><u>Empfehlung: Sondierung</u></p> <p><u>Fläche B</u></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbilddauswertung:</i> Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird eine Kampfmittelbelastung vermutet.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Es besteht ein begründeter Verdacht auf Kampfmittel.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Die Stadt Papenburg wird die im Bereich der Fläche B vermutete Kampfmittelbelastung (Splittergraben) im Zuge der geplanten Erschließungsmaßnahmen durch geeignete Sondierungen überprüfen lassen. Entsprechende Ausführungen sind bereits in der Begründung im Kapitel 1.5.7 „Altlasten / Kampfmittel“ enthalten. Auf eine Auswertung der Luftbilder im Bereich der Grabenparzelle parallel zum „Pollertweg 1“ wird verzichtet, da dieser Bereich im Bestand erhalten bleibt.</p>



Hinweis:

Hinsichtlich der erforderlichen Gefahrenerforschungsmaßnahmen wenden Sie sich bitte an die örtlich zuständige Gefahrenabwehrbehörde (Stadt oder Gemeinde). Diese wird über das Ergebnis der Auswertung in Kenntnis gesetzt.

Empfehlung: kein Handlungsbedarf

Fläche C

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.

Luftbilddauswertung: Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.

Zur Kenntnisnahme.



<p>Hinweise: Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis ist bereits in den Planunterlagen enthalten.</p>
<p>3. Stellungnahme: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover Datum: 07.03.2024</p> <p><u>Inhalt</u> In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p><u>Hinweise</u> Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen / -untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Die Stadt wird die Bauwilligen bezüglich der Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver verweisen. In den Bauleitplanunterlagen ist bereits ein Hinweis auf die Erstellung entsprechender Baugrundgutachten, unter Verwendung und Beachtung der neben genannten Normen, enthalten</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

4. Stellungnahme: EWE-Netz GmbH, Oldenburg
Datum: 21.02.2024

Inhalt

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 2,2 m mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6,0 m x 4,0 m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Die Versorgungsleitungen und -anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.

Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen (z.B. im Zusammenhang mit der Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes für eine ggf. notwendig werdende Trafostation). Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.

Die EWE wird darüber informiert, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o.ä.) verzichtet werden soll.

Die Kostenregelung erfolgt gemäß den aktuellen Verträgen zwischen der Kommune und dem Versorgungsunternehmen.

Zur Kenntnisnahme.

Das Versorgungsunternehmen wird gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt. Zudem werden die Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Baubeginn in die Maßnahme vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen.

<p>Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:</p> <p>https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebieterschliessung</p> <p>In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern. Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagenauskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren:</p> <p>https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</p> <p>Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493155.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>5. Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Betriebsstelle Meppen Datum: 14.03.2024</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Am 19.02.2024 sandten Sie uns per E-Mail die Benachrichtigung zur Beteiligung zu dem im Betreff genannten Vorhaben mit der Bitte um Stellungnahme. Nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) der Betriebsstelle Meppen (Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft) zu dem o.g. Vorhaben.</p> <p>Darstellung des Sachverhalts Die Aufstellung der 123. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Papenburg ergibt sich aus den Planungsabsichten der Stadt zur Darstellung einer Baufläche für eine Wohnbebauung gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO.</p> <p>Stellungnahme als Träger Öffentlicher Belange (TÖB) Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft Zuständige Ansprechperson:</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>Herr Heuving, Fax: 05931/406-100 E-Mail: franz-johann.Heuving@nlwkn.niedersachsen.de und die Unterzeichnerin [Frau Lucas]</p> <p>Anlagen, Grundstücke und Messstellen des NLWKN sind durch die Planungen nicht betroffen.</p> <p>Die Stellungnahme als TÖB ersetzt nicht die Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) gemäß RdErl. d. MU vom 06.03.2018 zu § 29 NWG. Ich gehe davon aus, dass die wasserwirtschaftlichen Belange von der verfahrensführenden Stelle geprüft werden und der GLD ggf. beteiligt wird. Bei einer Beteiligung des GLD sind gem. Abschnitt 4 des vorgenannten RdErl. dem GLD die dafür erforderlichen Unterlagen mit einer ausführlichen Begründung der aus Sicht der beteiligenden Stelle zu erwartenden wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zuzuleiten. (Zuständige Ansprechperson: Heidrun Lucas, Tel. 05931/406-150, E-Mail: heidrun.lucas@nlwkn.niedersachsen.de und poststelle.mep@nlwkn.niedersachsen.de)</p> <p>Hinweise Das Plangebiet liegt in einem Bereich, für welches nach § 78b WHG ein signifikantes Hochwasserrisiko ermittelt wurde und das bei einem Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit [HOextrem] über das festgesetzte bzw. vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet hinaus überschwemmt werden könnte.</p> <p>Bisherige Erkenntnisse aus den Klimamodellierungen prognostizieren eine Entwicklung, dass ein zukünftiges HQ100 dann in den Grenzen des jetzigen HQextrem liegen kann bzw. sehr wahrscheinlich liegen wird.</p> <p>Von der Entscheidung / Abwägung erbitte ich eine Ausfertigung für unsere Akten.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Es wird ein Hinweis in die Begründung aufgenommen, dass der Geltungsbereich dieser Bauleitplanung innerhalb eines Bereiches liegt, für welches nach § 78b WHG ein signifikantes Hochwasserrisiko ermittelt wurde und das bei einem Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit [HOextrem] über das festgesetzte bzw. vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet hinaus überschwemmt werden könnte.</p> <p>Dem NLWKN wird eine Ausfertigung der Entscheidung / Abwägung zugestellt.</p>
<p>6. Deutsche Telekom Technik GmbH Datum: 28.02.2024</p> <p><u>Inhalt</u> Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Telekom hat bezüglich der o.g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z.B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.

Zur Kenntnisnahme.

Die Ausführungen werden im Rahmen der Erschließung des Gebietes berücksichtigt.

7. Landkreis Emsland

Datum: __.03.2024

Inhalt

Zum Entwurf der og. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Städtebau

Hinweis: Zu Teil 1 muss es heißen: Ziele, Grundlagen und Inhalte der Flächennutzungsplanänderung.

Naturschutz und Forsten

Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Gebiete, Bereiche oder Biotope, die einem gesetzl.

Entscheidungsvorschlag:

Die Stellungnahme des Landkreises Emsland wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.

Städtebau

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erstellung der Begründung entsprechend eingepflegt.

Naturschutz und Forsten

Dem vorgetragenen Grundsatz wird entsprochen, da ein überwiegend als Acker genutzter Bereich für diese Bauleitplanung in Anspruch genommen wird. Die angesprochenen Gehölzstrukturen und Waldflächen befinden sich außerhalb des Geltungsbereiches und werden somit nicht durch diese Bauleitplanung überplant. Im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung wird jedoch ergänzend der Abstand der Baugrenze von 3,0 m



Schutz nach dem BNatSchG unterliegen, und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten. In diesem Fall ist das Augenmerk auf die heckenartigen Gehölzstrukturen und auf die Waldflächen an der nördlichen und östlichen Plangebietsgrenze zu richten.

Für die o.g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten.

Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und konkret sowie detailliert (Plan und Text) darzustellen. Die Kompensationsmaßnahmen haben sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen zu orientieren.

Artenschutzrechtliche Belange:

Der Geltungsbereich der 123. Flächennutzungsplanänderung grenzt lediglich im Süden an eine kleinere, lockere Wohnbebauung. Nach Osten, Westen und Norden steht der Geltungsbereich in unmittelbarer Verbindung mit der freien und offenen Landschaft. Die Landschaft wird vorwiegend landwirtschaftlich genutzt, weist jedoch auch zahlreiche Gehölzstrukturen in unterschiedlicher Größe, Struktur und Beschaffenheit auf. Die Gehölzstrukturen reichern das Landschaftsbild an, tragen zum Biotopverbund bei und dienen vor allem als Lebensräume, Brut- und Lebensstätten zahlreicher Tierarten wie Brutvögel, Fledermäuse, Kleinsäuger, Insekten etc.

Da eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG durch die o.g. Bauleitplanung nicht ausgeschlossen werden kann, ist nachzuweisen, dass Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote nicht eintreten. Hierfür ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich. Dabei sind Datengrundlagen zu verwenden, die belastbar und nicht älter als fünf Jahre sind und die das zu erwartende Artenspektrum hinsichtlich Erfassungstiefe und -zeitraum ausreichend abbilden. Dies gilt insbesondere für Fledermäuse und für die Avifauna, hier Brutvogelarten.

auf 5,0 m zum nördlich angrenzenden Baum-/Gehölzbestand erhöht, um den Schutz des Traufbereiches zu optimieren.

Für diese Bauleitplanung wird im weiteren Verfahren ein Umweltbericht erstellt und den Unterlagen beigelegt. Zudem wurde eine Biotoptypenkartierung durchgeführt.

Teil des Umweltberichtes ist auch die Abarbeitung der Eingriffsregelung. Die Kompensation des Eingriffs erfolgt durch Bereitstellung von Werteinheiten aus dem Flächenpool der Stadt Papenburg.

Artenschutzrechtliche Belange:

Für den Änderungsbereich bzw. im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 254/II wurde bereits eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP, regionalplan & uvp 2023) unter Berücksichtigung von fünf Begehungen im Zusammenhang mit dem Themenbereich „Brutvögel“ und „Fledermäuse“ erarbeitet. Die Kernaussagen werden in die Begründung und den Umweltbericht zu dieser Bauleitplanung übernommen und berücksichtigt.

<p>Forstfachliche Belange: An der nördlichen und an der östlichen Grenze (Flurstk. 82/1) des Geltungsbereichs erstrecken sich Gehölzbestände, die als Waldflächen im Sinne des Niedersächs. Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) anzusprechen sind. Entsprechende Darstellungen finden sich im Umwelt-Viewer des Landkreises Emsland.</p> <p>Die Waldflächen (Größe, Struktur, Funktionen etc.) sind zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten. Eine Nutzung als Entsorgungsfläche für Grünabfälle, als Lagerplatz für Materialien jeglicher Art etc. ist in jedem Fall auszuschließen und unter Umständen über schriftliche Vereinbarungen mit den zukünftigen Anrainern verbindlich zu regeln.</p> <p>Wasserwirtschaft Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen gegen das o.g. Vorhaben Bedenken. Die Versickerungseignung des Untergrundes und das Vorhandensein eines ausreichenden Grundwasserflurabstandes ist vor Festlegung durch geeignete Methoden (z. B. Feldmethoden, Bodengutachten etc.) in der Bauleitplanung aufzuzeigen.</p>	<p>Forstfachliche Belange: Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die angesprochenen Gehölzstrukturen und Waldflächen befinden sich außerhalb des Geltungsbereiches und werden somit nicht durch diese Bauleitplanung überplant. Die Stadt Papenburg wird prüfen, inwieweit durch schriftliche Vereinbarungen mit den zukünftigen Anliegern dies verbindlich geregelt werden kann.</p> <p>Es wird ein Bodengutachten erstellt und zum Satzungsbeschluss bzw. für den späteren WHG-Antrag vorliegen. Es kann jedoch herausgestellt werden, dass eine ordnungsgemäße Entwässerung (örtliche Versickerung oder Rückhaltung und auf den natürlichen Oberflächenwasserabfluss reduzierte Einleitung in die Vorflut) sichergestellt werden kann.</p>
<p>=====</p>	

VERFAHRENSGANG: **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**

Von der Öffentlichkeit wurden keine grundlegenden Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen.

Aufgestellt:
Freren, 23.04.2024
regionalplan & uvp planungsbüro p. stelzer GmbH